

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XIX/68

Bonn, den 9. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2a

Die Wahrheit über die Rentenreform

148

Ein trauriges Kapitel der deutschen Innenpolitik

Von Paul Schmidt, Bonn

3 - 4

Gewerkschaften im freien Staat

76

Zuverlässig im Kampf um die Sicherung der Demokratie

Zu einem Brief und einer Rede von Ludwig Rosenberg

5

Afrika baut Schulen

49

Ziel: 1980 allgemeiner Volksschulunterricht

Von Bruno Kuster, Genf

6

Gepanzerte Limousine für Chruschtschow gesucht

53

Skandinavische Polizei hat Sorgen um die Sicherheit des Kremlohefs

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastan

\*\*\*\*\* ZUR BEACHTUNG \*\*\*\*\*

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht in seiner Freitag-Ausgabe  
- 10. April 1964 - einen Artikel des Vorsitzenden des Deutsch-  
Südafrikanischen Solidaritätskomitees, Dr. med. K a d e l i e,  
zum Thema:

Apartheid in Südafrika

Das Deutsch-Südafrikanische Solidaritätskomitee wurde vor kur-  
zer in der Bundesrepublik gegründet; es hat sich zur Aufgabe  
gestellt, die Wahrheit über die Apartheid-Politik in Südafrika  
bekanntzumachen. Die Redaktion

\*\*\*\*\*

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Die Wahrheit über die Rentenreform

Ein trauriges Kapitel der deutschen Innenpolitik

Von Paul Schmidt, Bonn

"Die Union will die Härten der Rentenreform beseitigen". Unter dieser Schlagzeile berichtete dieser Tage eine überregionale Tageszeitung über die Arbeit einer Gruppe von CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten. Es ist notwendig, dazu die Tatbestände in Erinnerung zu bringen, welche mit dem Werden und der Durchführung der Rentenreform im Zusammenhang stehen.

Wenn von der Rentenreform die Rede ist, wird selten berücksichtigt, daß diese auf Drängen der SPD zustande kam. Ausgelöst wurde die Reform durch einen im April 1956 von der SPD-Bundestagsfraktion als Drucksache 2314 eingebrachten Gesetzentwurf. Die SPD beantragte damit eine "grundsätzliche Neuordnung der Pflichtversicherung für Arbeiter und Angestellte einschließlich von Heimarbeitern hinsichtlich Leistung und Finanzierung". Dieser Antrag fand seine Erledigung dadurch, daß nach dem Willen der Mehrheit des Bundestages über den erst zwei Monate später als Drucksache 2337 von der Bundesregierung eingebrachten "Gesetzentwurf zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" beraten wurde.

### Erhards Rolle 1956

Die Initiative der SPD hatte damals Bundesregierung und CDU/CSU, die noch über die absolute Mehrheit verfügten, stark beeindruckt. Im Bundesarbeitsministerium begann man sofort, in Tag und Nachtschichten, an einem Regierungsentwurf zu arbeiten, und bei dessen Einbringung wurde eine rege publizistische Tätigkeit entfaltet. Die Öffentlichkeit erfuhr um so weniger über den schon vorliegenden SPD-Entwurf, Bundesregierung und Regierungsparteien haben damals außerdem unter dem politischen Druck des Wahljahres 1957 gestanden. Dennoch fehlte es nicht an Stimmen bei der CDU/CSU, die eine fortschrittliche Rentenversicherungsreform zu erschwern geeignet waren. Im Spätherbst 1956 z.B. hat der damalige Bundeswirtschaftsminister und heutige Bundeskanzler **E r h a r d** in Köln Äußerungen zur Rentenreform getan, die gegen das Wohl der rentenversicherten und rentenberechtigten Bevölkerung, die sich von einer Rentenreform eine längst fällig gewordene Verbesserung ihrer Verhältnisse versprach, gerichtet waren.

### CDU verurteilt Initiativen der SPD

Bei den Beratungen über die Entwürfe zu den Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetzen haben die Sozialpolitiker der SPD, vornehmlich durch ihren Experten Professor Dr. **E r n s t S c h e l l e r b e r g**, auf zahlreiche Mängel, Härten, Ungerechtigkeiten und Ungereimtheiten mit allem Nachdruck hingewiesen und es an entsprechenden Abänderungsanträgen sowohl im Ausschuß für Sozialpolitik als auch im Plenum des Deutschen Bundestages nicht fehlen lassen. Erfreulicherweise ist es den SPD-Politikern gelungen, sich in wesentlichen Punkten gegen die Mehrheit durchzusetzen, jedoch lehnten die CDU/CSU, aber auch die FDP, die meisten der von der SPD gestellten Anträge für das Gelingen einer wirklich sinnvollen und gerechten Reform der gesetzlichen Rentenversicherungen kraft ihrer Mehrheit ab.

Schon bald hat es sich erwiesen, daß die SPD bei den Beratungen über die Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze guten Grund hatte, zu mahnen, eine von Härten freie Neuregelung des Rentenrechts herbeizuführen, denn bereits im Herbst 1957 zeigten sich viele unliebsame Auswirkungen der Rentenreform, die bei den Betroffenen Enttäuschung und Verbitterung hervorriefen. Viele Tausende schrieben deshalb an die SPD, bedrängten ihre Abgeordneten mit Bitten um Abhilfe, und die Organisationen der Rentner bezichtigten über in zunehmendem Maße entdeckte neue Härten, Mängel und Ungerechtigkeiten der Rentengesetze. Obendrein stifteten einige Verwirrung Veröffentlichungen in der Tages- und Fachpresse, u.a. auch in der vom Bundesarbeitsministerium herausgegebenen "Rentenlibel".

Gestützt auf zahlreiche diesbezügliche Unterlagen brachte am 26.11.1957 die SPD im Bundestag als Drucksache 28 eine Große Anfrage "betreffend Beseitigung der Mängel der Rentenreform" ein.

Man sollte meinen, daß sich bereits seinerzeit für die CDU/CSU, insbesondere im Hinblick auf ihre damalige absolute Mehrheit, eine selten gute Gelegenheits bot, von sich aus alles zu tun, um die erforderlichen Korrekturen der Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze vorzunehmen. Weit gefehlt. In der 11. Sitzung des Bundesrates, am 13.2.1958, wurde die Große Anfrage der SPD vom Bundesarbeitsminister beantwortet. Obwohl er nicht umhin konnte, zu bestätigen, daß die Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze Härten aufweisen, setzte er alles daran, die absolut folgerichtigen sozialpolitischen Forderungen der SPD zu zerreden. Leider ist dies damals viel zu wenig der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden.

#### Ein langer Leidensweg

Auch in der Folgezeit, insbesondere bei den Beratungen und der Verabschiedung der bisher ergangenen sechs Rentenanpassungsgesetze, hat die SPD mit allem Nachdruck Forderungen erhoben, die auf die Beseitigung der Härten der Rentenversicherungsgesetze gerichtet waren. Diese SPD-Anträge scheiterten durchweg am Widerstand der Regierungsparteien. Des weiteren haben wiederholt Abgeordnete der SPD in der Fragestunde des Deutschen Bundestages auf bestehende zahlreiche Mängel der Rentenversicherungsgesetze hingewiesen. Die Bundesregierung hat sich jedoch u.a. auf den Standpunkt gestellt, daß "wesentliche Grundsätze des neuen Rentenrechts nicht preisgegeben werden können". Als typisches Beispiel bisheriger Uneinsichtigkeit der Regierungsparteien mag gelten, daß der von der SPD als Drucksache 122 im Januar 1962 eingebrachte Gesetzentwurf über die "Gleichstellung der Wehrpflichtigen und der ehemaligen Wehrpflichtigen in der sozialen Rentenversicherung", dessen Annahme zur Beseitigung insbesondere zahlreicher Härten geführt hätte, von denen sehr viele Kriegsteilnehmer betroffen sind, abgelehnt worden ist. Die Sprecher der Regierungsparteien verwendeten dabei Begründungen, die zu keiner Zeit überzeugen können.

Die Annahme, daß die CDU/CSU die gesetzliche Rentenversicherung für wahltaktische Möglichkeiten zu nützen trachtet, mag daraus zu ersehen sein, daß der Abgeordnete R u f , der jetzt im Zusammenhang mit den Plänen der CDU/CSU um die Beseitigung der Härten des Rentenrechts genannt wird, in der 8. Sitzung des Bundestages am 13.2.1961 u.a. bei der Behandlung von Angelegenheiten der Rentenversicherung erklärt hat:

9. April 1964

"Wir haben unter uns eingehend darüber gesprochen, haben alles gründlich erörtert, sind aber dann, meine Damen und Herren von der Opposition, einmütig zu der Auffassung gelangt, daß diese Frage j e t z t n i c h t entschieden werden kann."

### Plötzliche Aktivität im Wahljahr

Die nunmehr durch die Presse bekanntgewordenen Einzelheiten darüber, daß eine Gruppe von Abgeordneten der CDU/CSU an einem Gesetzentwurf arbeite, der zum Ziele habe, die Härten der Rentenreform zu beseitigen, scheinen geeignet, den Eindruck zu erwecken, als ob die CDU/CSU es sei, die "schon immer" für die Beseitigung der Härten der Rentengesetze eingetreten ist. Wer Gelegenheit hatte, die parlamentarischen Auseinandersetzungen über Angelegenheiten der Sozialpolitik miterleben, vermag es kaum zu glauben, daß die Abgeordneten der CDU/CSU, die sich um die Beseitigung von Härten der Rentenreform bemühen, noch unter den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen einen positiven Erfolg haben werden. Da diese Bemühungen bereits seit 1962 im Gange sind, im nächsten Jahr jedoch bereits wieder zum Bundestag gewählt wird, ist anzunehmen, daß der jetzt propagierte sozialpolitische Schritt der CDU/CSU dazu dienen soll, das Wahljahr 1965 attraktiv anzureichern. Dies festzustellen, hat der CDU-Abgeordnete Dr. V o g e l (jetzt Botschafter bei der OECD in Paris) erleichtert, indem er in der Bundestagssitzung am 13.12.1961, als die SPD sich für ein besseres Recht der Rentner einsetzte, u.a. entgegnete:

"Ihre Argumentation ist sehr schwach, wenn Sie sich darauf berufen, daß hier und da Pläne meiner Freunde existiert haben. ... aber zwischen dem Erwägen von Plänen und dem Einbringen von Gesetzesvorlagen besteht ein erheblicher Unterschied."

Der Katalog der Härten, die zu beseitigen sich einige Abgeordnete der CDU/CSU anschicken, umfaßt bei weitem nicht alle diejenigen Härten, Mängel, Ungerechtigkeiten und Ungereimtheiten des Rentenrechts, die die SPD mit dem von ihr vor Jahren der Öffentlichkeit übergebenen Rentenprogramm aufgezeigt hat. Das SPD-Rentenprogramm ist auch heute noch aktuell, und es wird noch eine beachtliche Rolle zu spielen haben, wenn es darum geht, unter anderen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag bessere sozialpolitische Entscheidungen zu treffen.

Das Vernehmen nach beabsichtigt die CDU/CSU nicht, Mindestrenten einzuführen oder die bestehende Höchstrentenbegrenzung zu beseitigen, obwohl der gerade hieran Interessierte und betroffene Personenkreis nicht klein ist. Zu beiden Punkten hat die SPD völlig entgegengesetzte Vorstellungen. Recht eigenartig muten obendrein die Behauptungen an, daß "die Frage der Kleinstrenten von Fachleuten auch nicht als so schwerwiegend angesehen wird. Es wird darauf verwiesen, daß nur etwa neun Prozent der Renten sogenannte Kleinstrenten seien." Wenn die CDU/CSU unter "Kleinstrenten" diejenigen niedrigen Renten meint, die ihrer Höhe nach noch unter dem Sozialhilferichtsatz liegen, so sei darauf aufmerksam gemacht, daß die offiziellen Statistiken wesentlich andere Zahlen aufweisen: Rund fünfzig vom Hundert aller Renten der gesetzlichen Rentenversicherungen liegen unter 100 DM monatlich !

## Gewerkschaften im freien Staat

### Zuverlässig im Kampf um die Sicherung der Demokratie

G.M. - In fast regelmässigen Abständen von zwei Jahren versuchen die als Gewerkschaftler getarnten SED-Funktionäre in der Zone "freundschaftliche Kontakte" mit Gewerkschaftlern oder sogar Gewerkschaftsorganisationen in der Bundesrepublik aufzunehmen. Immer wird hierbei die gleiche Methode angewandt: Man schreibt an "alte Bekannte und Freunde", mit denen man "früher gemeinsam im Kampf gegen den Faschismus gestanden hat" und beruft sich schließlich sogar auf die "notwendige Solidarität der Arbeitnehmer in der ganzen Welt".

Obwohl sich Parkow bei diesen plumpen Anbiederungsversuchen regelmässig eine Abfuhrholt, wird das alte Spiel jedoch immer wieder erneuert, als wollte man einem Auftraggeber beweisen, daß eine bestimmte Fleißaufgabe wieder einmal gewissenhaft erledigt worden sei. Sofort nach Beendigung einer solchen Anbiederungskampagne, während der in den ostzonalen Zeitungen die Gewerkschaftler in der Bundesrepublik "Freunde und Brüder" genannt werden, wird umgeschaltet, und aus den "Kollegen" werden wiederum "Verräter an Sozialismus" und "Steigbügelhalter des revanchistischen Imperialismus".

Es ist nicht ganz klar, was sich die Männer in Parkow von derartig aufwendigen Aktionen versprechen mögen, wissen sie doch ganz genau, daß sich von Mal zu Mal immer weniger "nützliche Idioten" finden, wie Lenin einmal diejenigen bezeichnet hat, die sich in irgendeiner Form mit Kommunisten einlassen. Moskau begünstigt diese sporadischen Anbiederungsversuche, um von Zeit zu Zeit zu testen, ob und wo es möglicherweise schwache Stellen in der freien Arbeiterbewegung gibt. Diese Vermutung ist nicht ganz von der Hand zu weisen, denn in mehreren westlichen Staaten bemühen sich sogar die sowjetischen Botschafter um Kontakte mit führenden Gewerkschaftlern. So z.B. in Rom, in London und jüngst sogar in Washington.

Ludwig Rosenberg, der Vorsitzende des DGB, hat erst vor einigen Tagen einen erneuten Anbiederungsversuch der Zonengewerkschaften öffentlich und mit entsprechender Deutlichkeit beantwortet. Mit Recht verweist Rosenberg auf die Doppelzüngigkeit der "Einheitsakteure", die ihre Funktionen seit dem Juni-Aufstand der Arbeiter 1953 in der Zone den sowjetischen Panzern verdanken, die die unmenschliche Mauer in Berlin, die Stacheldrahtzone und Todeszonen an der Grenze nicht nur erbauen halfen und billigen, und über dies nichts dagegen unternehmen, daß auf Befehl Ulbrichts Deutsche auf Deutsche schießen.

Der DGB-Vorsitzende kann sich bei seiner Zurückweisung des Anbiederungsversuches aus der Zone auf die absolute Zuverlässig-

keit der gesamten freien Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik verlassen.

\* \* \*

Der Deutsche Gewerkschaftsbund kann sich aber nicht mit der selbstverständlichen Zurückweisung von Infiltrationsversuchen kommunistisch gesteuerter Gewerkschaften begnügen. Er fühlt sich auch verpflichtet, den hier in der Bundesrepublik agierenden nicht-kommunistischen Gewerkschaftsgegnern klar zu machen, daß die freien Gewerkschaften ein starkes Fundament des demokratischen Staates sind. Nicht in allen politischen und gesellschaftlichen Kreisen der Bundesrepublik gilt diese Wahrheit als eine Selbstverständlichkeit.

Deshalb hat Ludwig Rosenberg anlässlich eines Vortrages vor dem Überseeclub in Hamburg am Mittwoch erklärt, die Demokratie bestehe nicht nur in einer Wahlperiode, sondern in dem ständigen Zusammenspiel aller demokratischen Kräfte im Alltag. Wenn die freien Gewerkschaften auch parteipolitisch neutral seien, so betrachteten sie es doch als ihre Pflicht, mitbestimmend an der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft mitzuwirken. Und Rosenberg fügte hinzu: Es sei absurd, von den Gewerkschaften zu erwarten, daß sie sich in einer Anzahl politischer Fragen - z.B. im Kampf um die Erhaltung von Freiheit und Menschenrecht - leidenschaftlich engagierten, ihnen aber bei anderen politischen Problemen das Recht zur Kritik abzusprechen.

\* \* \*

Mit diesen Feststellungen hat der DGB-Vorsitzende die Legitimation der freien Gewerkschaften für ihr unabhängiges Wirken in Gesellschaft und Staat erneut deutlich gemacht. Er hat damit zugleich den über sechs Millionen freiwillig organisierten Arbeitnehmern in der Bundesrepublik öffentlich den Auftrag erteilt, sich gegen jede Art von totalitären Denken und Handeln, sei es in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder politischen Raum, zu stellen.

Dieser Auftrag wird von den deutschen Arbeitnehmern - auch im Blick auf die sogenannte Gewerkschaftsbewegung in der Zone - um so eher zu erfüllen sein, als alle Einsichtigen in unserem Volk den freien Gewerkschaften jenen Platz einräumen, der ihnen entsprechend ihrer demokratischen Zuverlässigkeit und Stärke gebührt.

+ + +

## Afrika baut Schulen

Ziel: Bis 1980 allgemeiner Volksschulunterricht

Von Bruno Kuster, Genf

Ganz im Vertrauen: völlig zutreffend ist ja das abstoßende Bild, das gewisse Zeitungsschreiber in letzter Zeit von den "faulen und arroganten Unterentwickelten" zeichnen. Reinwaschen kann man diese allerdings auch nicht, denn doppelte "Schuld" haben sie auf sich geladen: Erstens sind sie arm, was zur Not noch verzeihlich wäre, und zweitens sagen sie es, was höchst unschicklich ist. Unglücklicherweise sind erwähnte Zeitungsschreiber jeweils anderweitig beschäftigt, wenn über die "Unterentwickelten" etwas Erfreuliches zu berichten ist. Und zudem sind gute Nachrichten ja so entsetzlich langweilig.

### Steigende Schülerzahlen

Folgendes - das ist nun wirklich zum Gähnen - hat sich zum Beispiel in Afrika ereignet: im Norden des Kontinents hat die Zahl der Primarschüler in einem Jahr um 500 000 zugenommen. Der Anteil jener Kinder, die noch nicht zur Schule gehen können, fiel von 31 auf 27 Prozent zurück. Im schwarzen Afrika nahm die Schülerzahl um eine Million zu. Der Prozentsatz der unfreiwillig Schulfreien ging von 60 auf 38 Prozent zurück. Bis 1965 erscheint eine weitere Zunahme des Schülerbestandes um 15 Prozent als realisierbar.

Diese Fortschritte halten sich im Rahmen eines von der Unesco zusammen mit den afrikanischen Regierungen ausgearbeiteten 20-Jahresplanes, der bis 1980 die Einführung des allgemeinen Volksschulunterrichtes vorsieht. Auf der Mittelstufe wurden die Planziele allerdings nicht ganz erreicht, obwohl die Schülerzahl in einem Jahr von 990 000 auf 1 143 000 anstieg und bis 1965 eine Zunahme um 39 Prozent (an statt der geplanten 46 Prozent) erreichen dürfte.

Gewiß, ausländische Hilfe hat beim Aufbau des Schulwesens ihre Hand mit im Spiel. Aber der Wille zur Verbesserung des vor den Kolonialmächten hinterlassenen Bildungswesens ist afrikanischen Ursprungs. Dieser afrikanische Wille findet seinen Ausdruck vor allem in den eigenen Leistungen, nämlich in der Tatsache, daß in allen Ländern die Aufwendungen für die Volksbildung rascher zunehmen als das Volkseinkommen. Nach dem vor drei Jahren in Addis Abeba angenommenen Plan muß jedes Land bis 1965 mindestens vier Prozent des Volkseinkommens für Bildungszwecke bereitstellen. Bis jetzt haben mindestens dreizehn Länder dieser Satz erreicht. Doch überall hat der für Bildungszwecke bereitgestellte Teil des Volkseinkommens in den letzten Jahren zugenommen.

### Großangriff auf das Analphabetentum

Erst dieser Tage sind die afrikanischen Erziehungsminister in Abidjan zusammengekommen, um die Ergebnisse der ersten drei Jahre des 20-Jahresplanes zu überprüfen. Sie beabsichtigen, nun auch das Hochschulwesen, die wissenschaftliche Forschung und die Überwindung des Analphabetentums der Erwachsenen in den 20-Jahresplan aufzunehmen, um bis 1980 die Grundlagen für ein vollständiges und modernes Bildungswesen zu schaffen.

Aber eben, all das ist ja so langweilig und scheinbar nicht der Rede wert. Und trotzdem eine Tatsache, die - ganz im Vertrauen gesagt - das Gesicht eines Kontinentes verändert.



## Gepanzerte Limousine für Chruschtschow gesucht

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Koordinierte Vorbereitungen für Chruschtschows Besuch in Skandinavien wurden zwischen den Sicherheitsbehörden in Kopenhagen, Oslo und Stockholm in Gang gebracht. Sicherheitsbeamte von den drei skandinavischen Polizeistellen haben ein Sonderamt in der schwedischen Hauptstadt eingerichtet, von dem aus die verschiedenen Maßnahmen zum Schutz des sowjetischen Staats- und Parteiführers während seines Aufenthalts in Dänemark, Norwegen und Schweden dirigiert werden. Schon vor Monaten haben die nationalen Sicherheitsbehörden verschiedene Hotels gründlich überprüft und Vereinbarungen getroffen, damit der Gast aus Moskau mit seinem großen Gefolge unbekümmert Unterkunft finden kann. Doch ein Problem ist noch nicht geregelt. Den drei Gastgebern bereitet es viel Kopfzerbrechen, ein geeignetes gepanzertes und schußsicheres Auto für Chruschtschow zu finden. Einen schußsicheren Wagen gibt es in Skandinavien nicht, es wäre denn, man würde einen Panzerwagen zur Verfügung stellen. Man ist auf der Suche in anderen Ländern Europas gegangen, wo solche Verkehrsmittel eine Seltenheit geworden sind. Gerüchte wollen wissen, daß die Sicherheitsbehörden in Spanien Erfolg gehabt haben sollen. Es wird gemunkelt, Franco sei gewillt, einen seiner schußsicheren, gepanzerten Limousinen für Chruschtschow als Mietwagen zur Verfügung zu stellen, was natürlich eine beträchtliche Summe kosten würde. Hauptsache ist aber, daß Nikita Chruschtschow ohne Sorge durch Dänemark, Norwegen und Schweden fahren kann.

Die Sicherheitsbehörden sind auch damit beschäftigt, ein "Fahndungsbuch" über verdächtige Elemente auszuarbeiten, die daran gehindert werden sollen, Anschläge auf den sowjetischen Gast zu verüben. Die deutsch-dänischen Grenzübergänge sind dabei von besonderer Bedeutung, weil der Besuch Chruschtschows im Juni, also während des großen Reiseverkehrs, stattfindet, und Dänemark ohnehin für den aus Europa kommenden Touristenverkehr die Einfallspforte nach Skandinavien ist. Schon einige Zeit vor Ankunft Chruschtschows sollen daher die deutsch-dänischen Grenzübergangsstellen besonders scharf kontrolliert werden, damit man den Zutritt unerwünschter Personen verhindern kann. Jeder, der im Verdacht steht, er käme nach Skandinavien, um Chruschtschow irgendwie zu belästigen, wird an der Grenze abgewiesen. Das gilt selbstverständlich auch für die See- und Lufthäfen.

Bei seinem den Chruschtschow-Besuch vorbereitenden Aufenthalt in Stockholm, hat Außenminister Gromyko sich eingehend über die Sicherheitsvorkehrungen informiert. Hierbei kam es zwischen Gromyko und der schwedischen Regierung auch zu Erörterungen über das Schicksal einer Anzahl Seeleute schwedischer Schiffe, die während des Krieges von sowjetischen Kriegsschiffen versenkt worden waren. Eine von den schwedischen Behörden durchgeführte Untersuchung hat ergeben, daß noch sechs Schweden in der Sowjetunion leben. Gromyko hat versprochen, Nachforschungen über den möglichen Aufenthalt dieser Leute zuveranlassen. Das vorläufige Ergebnis war negativ, aber in der schwedischen Presse werden Vermutungen verbreitet, wonach Chruschtschow während seines Besuchs in Stockholm die betreffenden schwedischen Seeleute als "Geschenk" mitbringen will.

In Dänemark hat es in Oppositionskreisen Ärger gegeben, daß im Reiseprogramm Chruschtschows auch ein Besuch beim Landwirtschaftsminister Karl Skytte auf dessen Hof auf den Fünen vorgesehen ist. Skytte gehört zur "radikalen", d.h. linksbürgerlichen Koalitionspartei. Nun wird gemeldet, Chruschtschow werde auch dem Oppositionsführer Erik Eriksen, Vorsitzender der Bauernpartei (die zweitgrößte Partei Dänemarks) auf dessen Hof einen Besuch abstatten. Eriksen wohnt nur 30 Kilometer von Landwirtschaftsminister Skytte entfernt. Die "Parität" zwischen Bauer-Minister und Bauer-Oppositionsführer soll dadurch gewährleistet werden.